

Müsterchen zur Europapolitik

Bis die Balken brechen

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Nur in der «Schweizerzeit» können Sie lesen, wo wir in der Europapolitik angelogen werden. Deshalb anbei eine Auswahl von balkenbrechenden Falschaussagen – und die Wahrheit dazu.



Bei jeder Gelegenheit werden EU-kritische Schweizer von Europhilen als «Abschotter» diffamiert, so beispielsweise vom «Tagesanzeiger» zum 1. August 2018: «Die Prosperität der Schweiz basiert nicht auf Abschottung.» Die Wahrheit ist, dass die Schweiz sowohl beim Anteil ausländischer Forscher (57 Prozent) als auch beim Anteil der einheimischen

Forscher mit Auslanderfahrung (78 Prozent) europaweit mit Abstand an der Spitze liegt. Zudem kann ein Land mit 25 Prozent Ausländern wohl kaum als «abgeschottet» bezeichnet werden.

Lohnt sich Zuwanderung finanziell?

Eine alte Mär ist auch, dass für die AHV «die vielen Einwanderer der letzten Jahre ein Segen» seien. Tatsache ist, dass den Zuwanderern Rentenansprüche zustehen, welche die AHV in 30 bis 40 Jahren schwer belasten werden. Dazu kommt, dass EU-Bürger insgesamt nur ein Jahr lang arbeiten müssen, um in der Schweiz ein Rentnerleben lang kassieren zu können, denn: «Für den Bezug von AHV-Ergänzungsleistungen reicht ein einziges Beitragsjahr.» Schweizer steuern zudem 70,4 Prozent der Arbeitslosenversicherungsbeiträge bei, beziehen aber nur 55 Prozent der Leistungen. Alles in allem unterstützen wir Schweizer jeden Migrantenhaushalt mit 405 Franken monatlich – und zwar lebenslanglich.

Umsetzung Masseneinwanderungs-Initiative?

Es sei die «Umsetzung umgehend an die Hand genommen» worden, erklärte der Bundesrat zur Masseneinwanderungs-Initiative. Diese «Umsetzung» stellt jedoch einen klaren Verfassungsbruch dar: Weder jährliche Kontingente noch Höchstzahlen für die Zuwanderung von Ausländern wurden eingeführt. Die Zuwanderung soll hingegen durch den «Inländervorrang» gesteuert werden. Dieser sogenannte Inländervorrang bewirkt allerdings, dass Schweizer Betriebe jeden Stellenbewerber, der legal irgendwo in der EU wohnhaft ist, als «Inländer» behandeln müssen. Mit dem «Inländervorrang light» wird die Abdrängung älterer Schweizerinnen und Schweizer aus dem Arbeitsmarkt folglich noch verstärkt. Der Verfassungsartikel ist in Tat und Wahrheit zu Null Prozent umgesetzt.

Erfolgsgeschichte Bilaterale?

«Die Bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU bringen der Schweiz jedes Jahr 5,5 bis 17 Milliarden Franken ein. Ohne die Bilateralen I wäre das Bruttoinlandprodukt (BIP) entsprechend tiefer», belehrt uns das

Seco. In Wahrheit resultiert diese Wertschöpfung nicht aus den Bilateralen, sondern vor allem aus dem Freihandelsabkommen von 1972, und der Wertschöpfung stehen Regulierungskosten von rund 60 Milliarden Franken – nicht zuletzt aus der Übernahme von EU-Regulierungen – gegenüber. Dazu kommen die massiven Belastungen durch die flankierenden Massnahmen und die explodierenden Sozialkosten aufgrund der Personenfreizügigkeit. Die Wahrheit ist: Die Wachstumsrate des realen BIP pro Kopf ist nach der Einführung der Personenfreizügigkeit 2007 rekordtief, nämlich bis 2009 um vier Prozent gesunken und hat sich seither nicht wieder erholt.

Fabulieren bis die Balken brechen

Echte Lügen sind selten, dafür sind Politiker und Medien zu schlau. Aber in der Europa-Frage wird so viel verdreht, weggelassen und getrickst, dass wir uns zur Feststellung veranlasst sehen: Da wird fabuliert, bis die Balken brechen.

Hermann Lei

P.S.: Lesen Sie weitere «Lügen» unter: <https://eu-no.ch/luegenpapier/>

EINLADUNG

zum Fachreferat von **Peter Regli**, Divisionär aD,
ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes



«Terrorismus, Migration, Cyberkrieg und Donald Trump: Gehen sie uns noch etwas an?»



Donnerstag, 4. Oktober 2018

Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27)



Beginn: 18.45 Uhr Apéro

19.30 Uhr Referat

Es laden ein:

PRO LIBERTATE
www.prolibertate.ch

PIKOM
Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch